

August 2022

Informationsheft

des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Themen

Agrarpolitik –
Landwirte brauchen Klarheit

Austausch –
Tierärztetreffen 2022

Betriebsunfälle –
Berichte der SVLFG

**Vier Seite AVV:
Historie, Gutachten, Klagen**

ÜBERBLICK

INFORMATION SHEFT - AUGUST 2022

3

KOMMENTAR

BMEL muss Lösungen liefern

4 - 7

ROTE GEBIETE

In Sachsen-Anhalt haben sechs Betriebe rechtliche Schritte gegen die AVV GeA eingeleitet. Die Grundlage dafür zu schaffen, war ein zwei Jahre langer Prozess. Ein Rückblick und Überblick.

8

AGRARPOLITIK

Landwirte brauchen Klarheit

9

AUSSCHREIBUNG

Referat Tierhaltung

10

ASP UND MEHR

Bericht zum diesjährigen Tierärztetreffen

11

BIOGAS

Fachinformationen für Betreiber

11

WEIZEN

Mykotoxin-Monitoring 2022

12

UNFÄLLE

Berichte der SVLFG

13

NEUER SHOP

und neue Webseite der Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH

MEHR IM INTERNET

Fachinformationen als Rundschreiben, Aktuelles zu Verwaltung und Behörden, Formulare und Hinweise zu Fristen – das bekommen unsere Mitglieder auf www.bauernverband-st.de! Registrieren Sie sich dazu im Mitgliederbereich und lesen Sie alle Informationen nach.

MIT

**DENKEN.
REDEN.
MACHEN.**

**FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.**

Liebe Verbandsmitglieder,
liebe Bäuerinnen und Bauern,
die Aufgaben unseres gemeinsamen Verbandes sind vielfältig. Der zentralste Punkt ist, dass wir die Politik auf allen Ebenen zu Belangen beraten, die die Landwirtschaft betreffen. Seit Jahren arbeiten wir als Berufsstand an der Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 mit. Hier haben wir uns als Landesbauernverbände, und natürlich der DBV, direkt eingebracht, von Anfang an. Wir haben zu allen Sachverhalten Stellung bezogen, teils in eigentlich unzumutbaren Fristen. Keine Politikerin und kein Politiker soll sagen können, dass wir nicht an einer nachhaltigen Lösung interessiert wären. Wo es möglich ist, erarbeiten wir Lösungen mit, wo es nötig ist, bringen wir unsere Einwände ein.

Natürlich behalten wir uns vor, wenn unsere begründeten Einwände nicht gehört werden, dies auch lauter kundzutun. Es war provokant, zumindest unüberlegt, vom Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, sich im Vorfeld der Sonder-Agrarministerkonferenz zu den Bauernprotesten in den Niederlanden zu äußern. Er meint, dass wir Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland nicht die Probleme und Sorgen haben wie unsere niederländischen Berufskollegen. Recht hat er in dem Punkt, dass wir nicht dieselbe Situation wie in den Niederlanden haben – aber hierzulande führen die gleichen Sorgen und Nöte zu großer Unsicherheit und zu immer weiterwachsender Unzufriedenheit.

Seit Monaten mahnen wir immer wieder an, dass die Zeit für einen zumindest halbwegs guten Start der GAP 2023 immer weiter verstreicht. Wenn vor der Herbstsaat keine verbindlichen Zusagen von der Politik gemacht werden, ist diese Zeit endgültig verstrichen. Es braucht praxistaugliche Ergebnisse, zeitnah nach der Sonder-Agrarministerkonferenz. Andernfalls muss den entscheidungstragenden Politikerinnen und Politikern bewusst sein, dass sie nicht davon ausgehen können, dass die Bauern ruhig dabei zusehen, wie im Winter festgelegt wird, was im Herbst hätte getan werden sollen.

Fast ein Jahr nach der Bundestagswahl ist die Probezeit für die Bundesregierung lange vorbei. Wir hatten vergangenen September die Wahl und wussten bald darauf, dass die Regierungskoalition in Berlin eine ganz andere sein wird. „Wir sind jetzt diejenigen, die Zukunft gestalten“, wurde von den neuen Ministerinnen und Ministern immer wieder kommuniziert. Die Botschaft an die Wählerinnen und Wähler war, man wolle aktiv werden und alle Bereiche vorantreiben. In unserem Bereich, der Landwirtschaft, ist nur wenig passiert.

Die großen Grundsatzfragen der Tierhaltung sind nicht spürbar angegangen worden. Es wird

Reklame für mehr ökologische Landwirtschaft gemacht, obwohl der Markt dafür auch perspektivisch nicht in dem Umfang da sein wird, wie die Politik es durchsetzen will. Bei akuten Herausforderungen wie dem Wolf erwarten viele Landwirtinnen und Landwirte schon gar keine echte Unterstützung mehr von der Bundespolitik.



Anfang des Jahres hatte ich an dieser Stelle in meinem Kommentar geschrieben: Der neue Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hat sich viel vorgenommen: „Nicht mehr höher, schneller, weiter, sondern besser, gesünder und miteinander“ soll die Land- und Ernährungswirtschaft werden. Wie er dies erreichen will, ist noch offen. Klar ist hingegen, dass die Aufgabenbereiche offensichtlich sind: Weg von der Verbotspolitik, faire Zukunftsaussichten für Tierhalter schaffen und Abbau von bürokratischem Ballast. Viele Jahre wurde dies aus der Opposition gefordert, nun muss in der Koalition geliefert werden.

Was der Bundeslandwirtschaftsminister angekündigt hat, hat er nicht umgesetzt. Es gibt einige Themen, die deutlich vorangetrieben werden, aber nicht zum Nutzen der Landwirtschaft und Versorgungssicherheit. Allen voran die Pflanzenschutzanwendungsverordnung und die Ausweitung auch auf Landschaftsschutzgebiete. Wir haben in der Praxis bereits weniger Wirkstoffe und Einsatzmöglichkeiten, als für einen fachlich begründeten und Resistenzen vorbeugenden Pflanzenschutz ideal wären. Zugleich werden die Räume immer kleiner, in denen wir fundiert Pflanzenschutz betreiben dürfen. Wir werden durch politisch vorgegebene Extensivierung voraussichtlich einen Produktivitätsrückgang im zweistelligen Prozentbereich haben, was für viel mehr Empörung sorgen müsste, auch außerhalb des Berufsstandes.

Es braucht weiterhin Lösungen, die für unsere Betriebe langfristig und nachhaltig tragfähig sind. Darauf müsste sich der Fokus der politischen Arbeit richten. Aktuell drängt sich mehr auf, dass nach Wegen gesucht wird, um politische Vorhaben durchzubringen, trotz der sich rapide ändernden Rahmenbedingungen. Wir Landwirte sind Unternehmer, wir werden an Ergebnissen gemessen. Diesen Maßstab legen wir auch an die Bundesregierung.

Ihr Olaf Feuerborn